

Tages-Anzeiger, 30.6.2011

Die Stiftung Ethos verlangt eine Verschärfung des Aktienrechts

Auf freiwilliger Basis mögen die Unternehmen die Rechte der Aktionäre nicht stärken. Die Stiftung Ethos will deshalb den Druck erhöhen.

Von Bruno Schletti

«Mehr Selbstregulierung wäre die besten Lösung», sagt Ethos-Direktor Dominique Biedermann. Doch diese funktionieren nur ungenügend. Als Illustrationsbeispiel dient Ethos der noch immer vorhandene Unwille von Unternehmungen, die Aktionäre auch nur konsultativ über ihre Vergütungssysteme abstimmen zu lassen.

Zwar steigt die Zahl der Gesellschaften, die eine solche Abstimmung zulassen. 27 der 48 grössten an der Schweizer Börse kotierten Unternehmen haben im vergangenen Frühling den Vergütungsbericht ihren Aktionären vorgelegt. Das sind 56 Prozent. 2010 waren es erst 38 Prozent. Dennoch ärgert sich Biedermann darüber, dass sich noch immer rund die Hälfte der grossen Gesellschaften mit dieser Frage schwertut, obwohl

die Abstimmungen nur konsultativen Charakter haben. Und er ärgert sich darüber, dass sich auf Gesetzesebene nichts bewegt. «Wir als Aktionäre verlieren ein wenig die Geduld», sagt Biedermann und fragt Richtung Bundeshaus: «Warum geht das so lange?»

Dass Biedermann die Geduld ausgeht, ist an seinen Forderungen ablesbar. Er verlangt, dass im Obligationenrecht die Kompetenzen der Aktionäre zu stärken seien. So soll jährlich über das Vergütungssystem abgestimmt werden müssen, und zwar nicht mehr nur konsultativ, sondern verbindlich. Auch will Ethos eine bindende Abstimmung über die Honorierung der Verwaltungsräte im Gesetz verankern. Unter den westeuropäischen Staaten gibt es neben der Schweiz nur noch ein Land, das keinerlei zwingende Aktionärsrechte im Zusammenhang mit Vergütungen kennt, nämlich Spanien.

Kritische Stimmen nehmen zu

An den Generalversammlungen dieses Frühjahrs haben durchschnittlich 84,7 Prozent der Aktionärsstimmen die Vergütungsberichte abgesegnet. Diese

Zahl ist auf den ersten Blick nicht gerade ein Erfolgsausweis für die Ethos-Stiftung, welche die hohen Vergütungen immer wieder kritisiert. Allerdings steigt die Zahl der kritischen Stimmen. Noch im Vorjahr stimmten durchschnittlich 90 Prozent den Vergütungsberichten zu. In vier von zehn besonders umstrittenen Abstimmungen - nicht nur Vergütungsfragen - vermochte sich die kritische Haltung von Ethos durchzusetzen (siehe Tabelle).

Als besonders stossend streicht Biedermann den Fall von Weatherford heraus. Bei einem Jahresverlust von 100 Millionen Dollar habe der Hersteller für Ausrüstungsgüter für die Öl- und Gasgewinnung den Chef mit 16 Millionen entschädigt und mit einer Abgangsentschädigung von 125 Millionen abgefunden. «Da kann man verstehen, dass man von Abzockern spricht», kommentiert Biedermann.

Der Ethos-Direktor verwahrt sich im Übrigen gegen das Neinsager-Image. Ethos habe an den Generalversammlungen grossmehrheitlich Ja gestimmt. «Manchmal muss man aber Nein sagen. Das ist unsere Pflicht.»